



Warum höhere Kosten für gesetzlich Versicherte unvermeidbar sind

Ute Pappelbaum

Mit Beginn des neuen Jahres erwartet die Mehrheit der Deutschen eine Mehrbelastung der Krankenkassenbeiträge. Warum das unvermeidlich wurde, liegt an einer massiven Finanzierungslücke in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die sich auf rund 14 Milliarden Euro beläuft. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag im Jahr 2025 von derzeit 1,6 Prozent auf 2,5 Prozent steigen. Einige Krankenkassen könnten diesen Wert sogar übertreffen. Hauptursachen sind steigende Kosten im Gesundheitssystem, eine unzureichende Gegenfinanzierung durch die Politik sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels.

„Wir schauen sorgenvoll auf die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung. Allein für dieses Jahr erwarten wir trotz der bereits Anfang 2024 und im Laufe des Jahres erfolgten Beitragssatzerhöhungen ein Defizit von rund 5,5 Milliarden Euro“, sagte Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbands, im [Interview mit der Rheinischen Post](#).

Kritik vom GKV-Spitzenverband: Politik trägt die Verantwortung

Der GKV-Spitzenverband macht die Politik für die finanzielle Schieflage der gesetzlichen Krankenkassen mitverantwortlich. Laut [Florian Lanz](#), Sprecher des GKV-Spitzenverbands, haben Gesundheitsminister der letzten Jahre regelmäßig neue Leistungen eingeführt, ohne eine

angemessene Finanzierung sicherzustellen. Auch Pfeiffer betonte, dass seit einem Jahrzehnt Gesundheitsminister die Ausgaben erhöht hätten, ohne die Stabilität der Beitragssätze im Blick zu behalten.

„Die Politik hat die Rücklagen der Krankenkassen ‚abgeräumt‘, um laufende Ausgaben zu finanzieren. Das konnte nicht gut gehen“, kritisierte Pfeiffer. Mehr als die Hälfte der Krankenkassen liegen mittlerweile mit ihren Reserven unterhalb der gesetzlichen Mindesthöhe. „Diese Rücklagen werden jetzt dringend benötigt, um die Finanzsituation zu stabilisieren. Doch sie sind nicht mehr da. Das Ergebnis ist, dass viele Kassen ihre Zusatzbeiträge erneut erhöhen müssen.“

Kostenentwicklung in Krankenhäusern und bei Arzneimitteln

Neben den politischen Versäumnissen belasten dynamisch steigende Kosten in zentralen Versorgungsbereichen das System:

- Krankenhäuser: Rund ein Drittel der Ausgaben der Krankenkassen entfällt auf den stationären Bereich. Für das Jahr 2024 werden in diesem Sektor Zusatzkosten von bis zu acht Milliarden Euro prognostiziert. Zudem müssen die Krankenkassen ab 2026 jährlich 2,5 Milliarden Euro in den Krankenhaus-Transformationsfonds einzahlen, um den Umbau der Krankenhausstrukturen zu finanzieren. Pfeiffer hält diese Regelung für verfassungswidrig und kündigte eine Prüfung rechtlicher Schritte an.
- Arzneimittel: Die Ausgaben für Medikamente sind in den letzten fünf bis sechs Jahren um rund 40 Prozent gestiegen. Besonders kritisiert wird die Möglichkeit der Pharmaunternehmen, in den ersten sechs Monaten nach Markteinführung die Preise für neue Medikamente frei festzulegen.

Insgesamt entfallen etwa 20 Prozent der GKV-Ausgaben auf Arzneimittel, ein weiteres Fünftel auf ambulante ärztliche Behandlungen, und fast 40 Prozent der Mittel fließen in Krankenhäuser.

Notmaßnahmen und Mehrbelastungen

Neben den steigenden Krankenkassenbeiträgen müssen sich Versicherte auch auf weitere Belastungen einstellen. Kurz vor Weihnachten wurde beispielsweise eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte beschlossen, um die Zahlungsfähigkeit der Pflegeversicherung im Jahr 2025 sicherzustellen. „Das bedeutet über ein Prozent weniger Netto vom Brutto – und die Politik nimmt das einfach so hin, anstatt entschlossen gegenzusteuern“, sagte Pfeiffer.

●● Für die kommenden Jahre bleibt die finanzielle Situation angespannt. „Ich bin optimistisch, dass die Erhöhungen zum Jahreswechsel für 2025 ausreichen werden“, so Pfeiffer. „Doch schon heute ist klar, dass es 2026 weitere Erhöhungen geben muss.“

Experten fordern strukturelle Reformen

Auch Gesundheitsökonominnen betonen, dass eine nachhaltige Stabilisierung der GKV nur durch umfassende Reformen möglich sei. Stefan Greß, Professor für Gesundheitsökonomie an der Hochschule Fulda,

forderte eine stärkere Beteiligung des Bundes durch höhere Steuerzuschüsse oder eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Aktuell beteiligt sich der Bund mit rund 16 Milliarden Euro an den GKV-Finzen – zu wenig, um die bestehende Finanzlücke zu schließen.

Jürgen Wasem, Professor an der Universität Duisburg-Essen, sieht kurzfristig vor allem eine Begrenzung der Ausgaben als notwendig. „Eine Kostendämpfungsrunde bei Arzthonoraren, Arzneimittelpreisen und Krankenhausgebühren ist unausweichlich“, so Wasem. Zudem müsse über eine Erhöhung der Selbstbeteiligung nachgedacht werden.

Pfeiffer warnte jedoch davor, strukturelle Probleme durch Leistungskürzungen zu lösen: „Strukturelle Probleme werden nicht dadurch gelöst, dass man kranken Menschen Leistungen streicht. Der Anspruch muss sein, unser Gesundheitswesen so zu reformieren, dass die Menschen mit dem vielen Geld der Versicherten und Arbeitgebenden auch in Zukunft gut versorgt werden.“

Ausblick

Für die gesetzlich Krankenversicherten bringt das Jahr 2025 erhebliche finanzielle Mehrbelastungen mit sich. Neben den steigenden Zusatzbeiträgen in der GKV und den Erhöhungen in der Pflegeversicherung stehen mögliche weitere Maßnahmen wie Selbstbeteiligungen oder Beitragsanhebungen in den kommenden Jahren im Raum. Strukturelle Reformen, die langfristig Einsparungen ermöglichen könnten, stehen bisher aus. Ohne eine nachhaltige Strategie droht der Druck auf die gesetzliche Krankenversicherung und die Beitragszahler weiter zuzunehmen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4936824/Warum-hoehere-Kosten-fuer-gesetzlich-Versicherte-unvermeidbar-sind/>